

## Armut nicht nur skandalisieren

Was sind die Ursachen von Armut? Werden die Armutsanalysen in Deutschland ausreichend diskutiert? Besteht der politische Wille, Armut systematisch zu bekämpfen? Einige Fragen, die Caritas-Generalsekretär Georg Cremer und der stellvertretende AWO-Präsident Thomas Beyer auf Einladung der TUP diskutieren.

**TUP:** Herr Cremer, Herr Beyer, was ist für Sie Armut?

**Georg Cremer:** Wenn wir uns von einem sehr engen, absoluten Armutsbegriff lösen, wie ihn die Weltbank definiert, können wir Armut nur beziehen auf die Lebensverhältnisse, die in einem Land gegeben sind. Insofern bin ich eindeutig für einen relativen Armutsbegriff. Ich halte auch die Definition des Europäischen Rats, dass diejenigen in Armut leben, die von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die im jeweiligen Land als Minimum annehmbar sind, für brauchbar. Die statistische Norm des relativen Armutsbegriffs mit der 60-Prozent-Grenze ist ein Operationalisierungsversuch. Kurzum: Es geht mir nicht um eine Abkehr vom relativen Armutsbegriff. Es geht mir aber darum, diesen relativen Armutsbegriff auch als relativen Armutsbegriff zu interpretieren und nicht – und das ist meine Kritik an der deutschen Debatte – ständig zwischen absoluter Armut und relativer Armut zu changieren.

**TUP:** Zugespitzt gefragt: Ist das bei dem Thema Armut nicht letztlich nachrangig, weil das Problem an sich so gravierend ist?

**Cremer:** Ich glaube, dass wir über gesellschaftliche Phänomene nur rational sprechen können, wenn wir einen Diskurs führen, der in der Nähe der Fakten bleibt. Es ist daher nicht unwichtig, wie wir Daten erheben und wie wir sie interpretieren. Ich kritisiere den 60-Prozent-Wert gar nicht. Doch unterhalb der 60-Prozent-Schwelle ist eben auch die breite Mehrheit der Studierenden und Auszubildenden, die selbstständig wohnen. Wir könnten demnach sagen, wir haben ein wahnsinniges Problem mit Hunderttausenden armer Studenten. Ich würde aber nicht sagen, dass diejenigen, die temporär während der Ausbildung wenig Geld, aber gute Perspektiven haben, unser soziales Problem sind. Deswegen plädiere ich dafür, zwischen Armutsrisiko und Armut zu differenzieren.

**TUP:** Herr Beyer, würden Sie dem folgen?

**Thomas Beyer:** In einer Stadt wie München haben mit Mitteln unter der Armutsgefährdungsgrenze sehr wohl auch Studierende Probleme. Jenseits der statistischen Überlegungen noch kurz zu Ihrer Eingangsfrage: Für mich ist Armut die Sorge, die eigene Existenz zu bestreiten, und ausgeschlossen zu sein von den Dingen, die für die Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Das klingt im ersten Moment vielleicht sehr emotional, ist letztlich aber eine

Übersetzung dessen, was das Bundesverfassungsgericht 2010 in seiner Entscheidung über das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums formuliert hat. Es geht dem Gericht um Teilhabe am gesellschaftlichen, am kulturellen und politischen Leben. So ist es formuliert. Damit wird klar: Das ist schon mal mehr, als nur überleben zu können; das ist auch mehr, als einmal im Jahr ins Kino zu gehen. Es geht um die Voraussetzungen der Menschen, Bürgerin und Bürger sein zu können; sich einfach beteiligen zu können.

**TUP:** Herr Cremer, Sie plädieren dafür, die Armutsdaten kaufkraftbereinigt zu betrachten. Warum?

**Cremer:** Wir unterschätzen die Armut in Regionen mit hohem Preisniveau und wir überschätzen sie in Gebieten mit einem niedrigeren Preisniveau. Klar ist: Wir haben ein massives Problem in Ballungsräumen aufgrund der hohen Mieten. Wenn wir also bei der Einkommensverteilung Einkommensarmut und Mietkostenbelastung zusammennehmen, wie wir das mit der Kaufkraftbereinigung tun, dann sehen wir die Probleme fokussierter.

**TUP:** In Ihrem Buch, Herr Cremer, betonen Sie an einer Stelle, dass wir beim Thema Armut eigentlich gar nicht skandalisieren müssen. Denn wenn wir uns die Fakten angucken, ist das eigentlich schon schlimm genug.

**Cremer:** Ich sage, man muss nicht behaupten, es werde alles immer schlimmer, um Handlungsbedarf zu begründen. Es reicht der nüchterne Blick auf die Fakten.

**TUP:** Warum dann das Buch?

**Cremer:** Mein Frust über die Folgenlosigkeit der Armutsdebatte ist im Zeitverlauf angewachsen und war wesentliche Motivation für dieses Buch. Ich glaube auch nicht, dass wir zu wenig über Armut sprechen, sondern wir sprechen falsch über Armut.

Wenn etwa die Armutsrisikoquote um drei Promille steigt, dann gibt es eine große Aufregung, obwohl das eventuell statistische Schwankungen sind oder wir möglicherweise die Migrationsbevölkerung besser erfassen. Wenn die Quote ein bisschen sinkt, verkünden andere die Entwarnung. Das ist genauso unrealistisch. Was wir nicht tun, ist, über ganz konkrete Probleme und Problemgruppen zu sprechen. Reden wir wirklich über sozioökonomische Lagen und den Zusammenhang zur gesundheitlichen Situation, beispielsweise?

**TUP:** Warum reden wir nicht drüber?

**Cremer:** Weil man dann in das Detail müsste; weil man sich dann wirklich auf die Sachzusammenhänge von Gesundheitssystem, von Bildungssystem usw. einlassen müsste.

**TUP:** Wer ist „man“?

**Cremer:** Die Medien, die Verbände, die Kommunalpolitik usw.

**Beyer:** Sicher, die mediale Lage ist, wie sie ist; die Medien reagieren auch auf die Erwartungshaltung des Publikums. Aber auffällig ist natürlich schon Folgendes: Es wird immer wieder sehr kurzfristig und aufgeregt berichtet, und ein paar Tage später ist es kein Thema mehr. Grundsatzfragen zu strukturellen Defiziten und Problemen müssen vielleicht auch nicht unbedingt die Medien verhandeln, aber die Politik müsste sie aufnehmen, tut dies aber nicht. Die Politik ist durchaus so weit, differenzierte statistische Erfassungen durchzuführen, etwa seit 1998 mit dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Ich habe aber noch nicht erlebt, dass man wirklich ernsthafte und konkrete Konsequenzen daraus abgeleitet hat. Das Thema wird verwaltet. Die Daten werden erhoben, werden der öffentlichen Empörung freigegeben. Zu gegebener Zeit wird dann der nächste Bericht veröffentlicht.

**TUP:** Es ist natürlich auch immer eine Frage des politischen Willens, ob sie das Thema Armutsbekämpfung angehen oder nicht. Es gibt die These, wonach sich politisches Handeln letztlich immer eher daran orientiert, was die Reichen möchten. Die Gefahr, sich nicht unbeliebt machen zu wollen und deshalb das Thema auszublenden, kann gegeben sein. Was meinen Sie?

**Beyer:** Vor allem ist die Gefahr des Relativierens gegeben. Man will Entwicklungen und Tatsachen nicht wahrhaben; man will sie auch deshalb nicht wahrhaben, weil natürlich sonst genau die Frage kommt: Was tut ihr dagegen? Denn klar ist: Mit jeder Debatte über Armut wird auch die Frage nach gerechter Verteilung aufgeworfen. Und die Verteilungsfrage wird vor allem von konservativen Kreisen gerne ignoriert. Sie ist seit einigen Jahren auch nicht mehr im Zentrum der sozialdemokratischen Debatte. Das muss man auch deutlich sagen. Sie hat als solche im Kern der Gesellschaft und in der politischen Repräsentanz derzeit keine Lobby.

**Cremer:** Zugleich sollte man schon darauf hinweisen, dass wir durchaus relevante Änderungen hatten. Nehmen Sie etwa die Einführung der Grundsicherung im Alter. Seit 2003 ist der Rückgriff auf das Einkommen der Kinder faktisch aufgehoben. Die Einkommensgrenzen sind so hoch, dass allenfalls wenige betroffen ist. Was ist anschließend passiert? Die Zahl der Grundsicherungsempfänger im Alter ist deutlich nach oben gegangen. Ist ja auch leicht zu erklären, weil nun bis dato verdeckte Arme, die keine ergänzende Sozialhilfe beantragt hatten, um ihre Kinder nicht zu belasten, Grundsicherung beantragt haben. Doch genau dieser Anstieg wurde wiederum als Versagen des Sozialstaats den Politikern um die Ohren gehauen. Selbiges würde passieren, wenn wir das Arbeitslosengeld II anheben würden. Wir hätten ganz zwingend mehr Bezieher, weil mehr Niedrigeinkommensbezieher ergänzendes Arbeitslosengeld II und Bezieher von Mini-Renten ergänzende Grundsicherung erhielten. Und ich bin sicher, dieser Anstieg würde dann wieder als Versagen des Sozialstaats skandalisiert. Wir dürfen die Grundsicherung nicht diskreditieren, wenn wir sie weiterentwickeln wollen. Und ich glaube, wir müssen sie weiterentwickeln.

**Beyer:** Andererseits: Ich war vor einigen Jahren Sprecher der Nationalen Armutskonferenz und saß in diversen Runden zum Thema Rente und Altersarmut. Dort wurde seitens verantwortlicher Politiker immer wieder erklärt, dass es in Deutschland keine Altersarmut gebe, weil die Quote der Inanspruchnahme von Grundsicherung bei den über 65-Jährigen nur bei 2,4 Prozent liege. Jede Sozialberatungsstelle der Caritas wie der AWO wird uns bestätigen, dass selbst nach der völlig zu Recht erwähnten deutlichen Verbesserung seit 2003 sehr viele diese Leistung nicht in Anspruch nehmen, obwohl sie als Seniorinnen und Senioren berechtigt wären. Da wird von der Politik also vorhandenes Wissen bewusst missdeutet. Intern werden die richtigen Schlüsse gezogen, aber kommuniziert wird aus der relativ geringen Inanspruchnahme der Grundsicherung doch, dass wir kein Problem mit der Altersarmut hätten.

**Cremer:** Ich finde, wir müssen als Wohlfahrtsverbände verdeckte Armut viel stärker thematisieren; wir müssen über unsere Beratungsstellen dazu beitragen, dass Menschen ihre Rechte kennen und dass sie ihre Rechte wahrnehmen. Die Folge wird sein – und das müssen wir dann eben auch als sozialpolitischen Fortschritt und nicht als Niedergang sehen –, dass mehr Leute diese Hilfe bekommen. Völlig zu Recht.

**TUP:** Werden psychologische und soziale Folgen von Armut unterschätzt?

**Beyer:** Armut grenzt aus. Armut lastet auf Menschen. Das Thema der individuellen psychosozialen Belastung ist aber schwer zu vermitteln. Ich glaube, dass es deshalb öffentlich eher ein unterbelichtetes Thema ist.

**TUP:** Ich frage aus dem folgenden Grund: Vor Einführung des Arbeitslosengeldes II (Alg II) konnte man bei Arbeitslosigkeit drei Jahre das Arbeitslosengeld beziehen. Mit den sogenannten Hartz-Gesetzen ist man nach einem Jahr sofort beim Arbeitslosengeld II. Sprich: Es entsteht plötzlich ein anderer Druck für die Betroffenen. Werden diese Folgen unterschätzt?

**Cremer:** Der Druck ist größer geworden, ganz eindeutig. Wir haben aber gleichzeitig nahezu eine Halbierung der Arbeitslosenquote. Und ich halte es nicht für plausibel, zwischen dieser positiven Entwicklung und den Arbeitsmarktformen von 2005 keinen Zusammenhang zu sehen. Auf die Frage im sozioökonomischen Panel, ob sich die Befragten Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen, sind diese Werte bezüglich der Sorgen auf einem deutlich niedrigeren Niveau als 2005. Ich weiß natürlich, dass die Frage der Wirkung von Hartz IV äußerst strittig ist. Das werden wir jetzt auch nicht ausdiskutieren können. Aber insgesamt finde ich die Arbeitsmarktpolitik seit 2005 relativ erfolgreich.

**TUP:** Es waren aber auch viele Mini-Jobs darunter.

**Cremer:** Das ist richtig.

**TUP:** Der untere Lohnbereich ist durch die Gesetze gefördert worden, hat sich ausgebreitet.

**Cremer:** Wir haben mehr Teilzeit. Wir haben mehr geringfügige Beschäftigung. Und wir haben etwa 3 Prozent Leiharbeit. Aber diese Ausweitung atypisch genannter Beschäftigungen ging zulasten der Nichterwerbstätigkeit und nicht zulasten der regulären sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Das ist ein wichtiger Punkt.

**Beyer:** Ich bin da näher bei den Volkswirten, die sagen, dass auch die Veränderung der Arbeitslosenzahlen sich letztendlich primär immer nur auf Fragen der Konjunktur zurückführen lässt. Denn wenn keine Nachfrage besteht, kann die Arbeitskraft so billig sein, wie sie will, es wird trotzdem niemand eingestellt.

**Cremer:** Diese konfessionelle ökonomische Frage werden wir nicht diskutieren können.

**Beyer:** Das ist klar, aber sie sollte doch deutlich zum Ausdruck gebracht werden. Und: Trotz aller guten Konjunktur gelingt es nicht, den Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit zu beseitigen. Obwohl die Zusammenführung mit der Sozialhilfe von der Konstruktion her richtig war. Menschen, die damals in der Sozialhilfe steckten, waren de facto für den Arbeitsmarkt völlig verloren. Herr Cremer, Sie zitierten das sozioökonomische Panel. Ich habe allerdings den Eindruck, dass vor allem in der Industriearbeiterschaft die Aussicht, bei Verlust eines relativ gut bezahlten Jobs in kürzester Zeit in Existenznot zu geraten, negative Auswirkungen auf die Solidarität innerhalb der Belegschaften haben kann. Ich glaube, das sollten wir nicht kleinreden.

**TUP:** Es gibt Autohersteller, bei denen die Stammbesellschaft 20 Prozent mehr Einkommen bezieht als jene, die über Zeitarbeitsfirmen beschäftigt sind, aber die gleiche Arbeit leisten müssen.

**Cremer:** Vielleicht sind das ja auch Strategien, die erforderlich sind, damit in Deutschland überhaupt noch Autos produziert werden können. Wir agieren heute unter völlig anderen wettbewerblichen Bedingungen als in den nostalgisch verklärten Nachkriegsdekaden.

**TUP:** Aber Sie würden schon zustimmen, dass das nicht gerade den Zusammenhalt in der Belegschaft verbessert, oder?

**Cremer:** Nein, natürlich nicht. Aber die Politik steuert ja nach, sodass Zeitarbeit nicht zu einer dauerhaften Lohnunterbietung genutzt werden kann. Ich halte es auch für sinnvoll, in der Weise nachzusteuern.

**TUP:** Wurde mit den Arbeitsmarktreformen eine strukturelle Unsicherheit in den Arbeitsmarkt gebracht?

**Cremer:** Entschuldigung! Wenn die Arbeitslosigkeit bei 12 Prozent liegt, dann ist doch die strukturelle Unsicherheit auch riesig. Befragungen zeigen zudem immer wieder, dass die Angst, die Sorge um Arbeitslosigkeit deutlich zurückgegangen ist. Trotzdem ist es natürlich für denjenigen, der eine bestimmte Qualifikation hat, in einer bestimmten Region wohnt oder in den letzten Berufsjahren ist und dann arbeitslos wird, eine existenziell bedrohliche Situation, die durch die frühere Arbeitslosenhilfe besser abgedeckt wurde als durch das jetzige System. Das ist unstrittig. Nur insgesamt haben meines Erachtens die angesprochenen Maßnahmen Dynamiken ausgelöst, die man zumindest mal positiv würdigen sollte. Das Riesenproblem ist, Herr Beyer hat dies bereits angesprochen, die Langzeitarbeitslosigkeit mit den psychosozialen Folgen, die weit über die materiellen Aspekte hinausgehen. Wir haben also eine Gruppe verhärteter Langzeitarbeitslosigkeit, wo wir unsere arbeitsmarktpolitischen Instrumente stärker unter dem Aspekt der Teilhabe sehen müssten.

**TUP:** Was meinen Sie genau?

**Cremer:** Es kann durchaus auch Sinn machen, sinnhafte öffentliche Beschäftigung zu ermöglichen, auch wenn sie nicht in den regulären Arbeitsmarkt einmündet. Unsere jetzigen Regelungen, wonach Ein-Euro-Jobs wettbewerbsneutral, zusätzlich und im öffentlichen Interesse sein müssen, führen de facto zu einer Beschäftigung in praxisfernen Parallelwelten, die nicht teilhabesichernd sind. Ich glaube, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände könnten etwas gelassener sein. Wenn man diese Form von teilhabeorientierter öffentlicher Beschäftigung wirklich auf die Zielgruppe der verhärteten Langzeitarbeitslosigkeit konzentriert und nicht wie früher zu einem Beschönigungselement der Arbeitsmarktstatistik aufbläst, dann könnte viel mehr passieren.

**Beyer:** Völlige Zustimmung. Unter diesen Aspekten würde ich jetzt von einem sozialen Arbeitsmarkt sprechen. Den einzurichten, würde vieles an Langzeitfolgen bei den Betroffenen abmildern.

**TUP:** Was sind die Hindernisse?

**Cremer:** Ein Hindernis ist die große Sorge von Gewerkschaften und dem Handwerk vor der Verdrängung regulärer Beschäftigung. Dieses Problem muss man natürlich beherrschen, weil wir keine Verdrängung von regulärer Beschäftigung durch öffentlich geförderte Beschäftigung wollen.

**TUP:** Einverstanden, Herr Beyer?

**Beyer:** Ja. Nur eine Ergänzung: Dieser soziale Arbeitsmarkt muss auch dann eine Rolle spielen, wenn wir beim Thema Inklusion in den nächsten Jahren verstärkt das Recht auf Arbeit von Menschen mit Behinderungen in den Blick nehmen. Auch da wird man wahrscheinlich ohne solche Lösungen mittelfristig keine Erfolge haben.

**TUP:** Es ist auf alle Fälle klar, dass die Frage von Erwerbsarbeit zentral ist. Ich glaube, es ist ebenso unstrittig, dass die Voraussetzungen des Zugangs zu Bildung in der Armutsprävention elementar sind. Was sind für Sie beide die zentralen Punkte, die ein Bildungssystem leisten sollte, um den Zugang zur Bildung zu sichern?

**Beyer:** Wir brauchen eine möglichst früh ansetzende Förderung. Die AWO hat sich klar und frühzeitig für die Stärkung der öffentlichen Betreuungsstrukturen eingesetzt. Zum Zweiten ist die frühzeitige Aufteilung in verschiedene Schularten nach wie vor ein besonderes Hindernis. Ich bin ein Anhänger einer längeren gemeinsamen Schulzeit. Die kann man später, wenn man das will, auch mit entsprechenden Kursen für Einzelne weiterführen. Eine weitere Frage ist, ob und wie es gelingt, dass das Bildungswesen allen eine Chance bietet. Wir brauchen eine Schule, die Lernschwächere fördert, aber auch den Lernstärkeren eine Perspektive gibt. Wir brauchen eine stärkere Individualisierung, aber nicht die frühzeitige Unterscheidung, die die Lebenswege doch in hohem Maße festlegt.

**Cremer:** Ich würde eine spätere Aufteilung für wünschenswert halten, sehe aber, dass das durch die Bildungsangst der Mitte blockiert ist. Das heißt: Eine Bildungspolitik, die sozial benachteiligte Milieus fördert, hat keine Chance, wenn die Mitte das Gefühl hat, dass Bildungsbelange für ihre Kinder vernachlässigt werden. Es geht also um gute Bildung für alle. Ebenso muss man Schulen in sozialen Brennpunkten personell und sachlich besser ausstatten. Auch das ist schwierig gegen die Mitte durchzusetzen. Was mir große Sorgen macht, sind die PISA-Ergebnisse über die extrem schlechte Lesekompetenz der Hauptschüler. Es ist besser geworden, aber immer noch ziemlich schlecht. Damit sind erhebliche Ausbildungsbenachteiligungen verbunden.

**TUP:** Und eine Minderung von Teilhabeoptionen.

**Cremer:** Selbstverständlich.

**TUP:** Glauben Sie, dass die Länderhoheit in Sachen Bildung eher hinderlich ist?

**Cremer:** Die Frage werden wir bis zum Jüngsten Gericht diskutieren. Wir müssen mit dem Föderalismus leben. Was mich jedoch ärgert, ist, dass die Kultusminister eine Auswertung der Bildungsdaten nach Ländern unterbinden, um ihre eigene Schulpolitik nicht dem Vergleich und der Rechtfertigung auszusetzen. Das empfinde ich als hoheitliche Behinderung von Wissenschaft. Ich rege mich hier auch als Wissenschaftler auf. Wir sollten wenigstens – wenn wir ein föderal zergliedertes Bildungssystem haben – auch den Wettbewerb zumindest über die Erfassung der Ergebnisse der Bildungspolitik der Länder zulassen.

**TUP:** Was sind weitere Voraussetzungen zur Bekämpfung von Armut?

**Cremer:** Wir müssen dafür sorgen, den gesellschaftlichen Konsens, wonach wir einen handlungsfähigen Staat auch und vorrangig über Steuern finanzieren, erhalten. Da kann ja noch

einiges getan werden. Diverse steuerpolitische Instrumente, wie höherer Spitzensteuersatz, Erbschaftssteuer, Abschaffung der Abgeltungssteuer, können vielleicht 20 bis maximal 40 Milliarden Euro im Jahr einbringen – sehr viel Geld für eine Politik der Armutsreduktion. Aber: Gemessen an dem, was wir ausgeben auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen und in den Sozialversicherungen – mehr als 1.200 Milliarden Euro –, geraten wir in ganz andere Größenordnungen. Wir müssen uns also auch überlegen, wie wir das, was wir bereits heute ausgeben, effizienter ausgeben. Ich hoffe letztlich, dass dies auch zum Erhalt des Konsenses der Mitte mit unserem Sozialstaat beiträgt. Das ist auch ein Punkt, warum ich so engagiert bin in dem Buch. Ich befürchte eben, dass die Art und Weise, wie wir oftmals negativ über den Sozialstaat reden, diesen sozialpolitischen Konsens infrage stellt – den wir aber unbedingt brauchen.

**TUP:** Wenn man Kritikpunkte anbringt, ist das ja nicht gleich das Ende des Sozialstaates. Ich finde nicht, dass es eine Sozialstaatsdiskreditierungsdebatte gibt, oder?

**Beyer:** Ich glaube, es gab schon schlimmere Zeiten in der Diskreditierungsabsicht dem Sozialstaat gegenüber. Was wir jetzt haben, ist eine stärkere Armutsdebatte. Das ist richtig. Ich sehe nicht, dass der Sozialstaat durch die Armutsdebatte in Gefahr gerät. Ich sehe aber, dass im Zusammenhang mit dem Einsatz für die geflüchteten Menschen Probleme auf uns zukommen. Denn wenn die Bevölkerung in der Mehrheit der Meinung ist, sie sei sozialstaatlich nicht hinreichend oder für die Zukunft nicht krisenfest abgesichert, ist sie natürlich noch weniger bereit zu helfen. Da sehe ich momentan die größte Sozialstaatsgefahr. Die geht nicht aus von der Armutsdebatte.

**Cremer:** Ich formuliere das jetzt mit Blick auf die Sozialstaatsdebatte vielleicht ein bisschen scharf: Ich glaube, dass ein sich anwaltschaftlich verstehender Sozialpopulismus dem Rechtspopulismus in die Hände spielt. Da haben die Sozialverbände eine Verantwortung. Wenn der WDR mit einer völlig absurden Bierdeckelrechnung damit rauskommt, 2030 wären 50 Prozent der Neurentner arm: Wo sind denn dann die Sozialverbände, die sagen: „Das ist Quatsch“? Wir müssen sehr aufpassen, dass wir die Verunsicherung in der Mitte nicht befeuern. Denn ich halte es nicht für möglich, dass wir jetzt die sozialstaatlichen Leistungen für die Mitte der Gesellschaft in starker Weise ausdehnen. Das werden wir fiskalisch nicht schaffen.

Deswegen bin ich auch unglücklich über das, was sich abzeichnet an Rentenwahlkampf. Man wird ein bisschen rumschrauben am Rentenniveau oder an der Rentenformel. Man wird das als große Wohltat verkaufen. Dann werden die Leute ihren nächsten Rentenbescheid sehen, werden keinen enormen Unterschied feststellen, werden also frustriert sein, weil man ihnen Illusionen gemacht hat. Und für diejenigen, die in Altersarmut leben, um die es ja eigentlich gehen soll oder von denen behauptet wird, dass es um sie ginge, die werden von dieser Rentenerhöhung nichts bekommen, weil ihnen jeder Euro mehr, den sie auf ihre Minirenten bekommen, bei der Berechnung der Grundsicherung im Alter gleich wieder abgezogen wird. Da sehe ich schon eine Aufgabe von uns Sozialverbänden, gegenzusteuern.



**Beyer:** Das sehe ich auch so. Die Wohlfahrtsverbände sind da aufgerufen. Ich glaube nicht, dass wir uns zurücknehmen müssen beim Benennen von Armutsrisiken. Aber wir müssen das ergänzen um das Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten. Auch dort, wo wir solche Widersprüche haben – dass es zum Beispiel beim Empfänger überhaupt keinen Unterschied macht, eine Sozialleistung anzuheben, weil andere dafür gekürzt werden. Wir müssen die Debatte zielgenauer führen.

**TUP:** Die Wohnungsfrage ist von zentraler Bedeutung für die weitere Teilnahme am sozialen Leben. Wie sehen Sie das?

**Beyer:** Wohnen ist ein elementares Bedürfnis. Man hat ein Dach überm Kopf. Darüber hinaus ist das Thema Wohnungspolitik, Wohnungsbaupolitik, eine der großen Fragen, bei denen das Vertrauen der Politik auf den Markt versagt hat. Es ist ersichtlich nicht gelungen, ausreichenden Wohnraum ohne öffentliche Förderung oder in öffentlicher Verantwortung zu erstellen. Wohnraumkosten, die oft einen exorbitanten Anteil an dem ausmachen, was monatlich zur Verfügung steht, können immer öfter zur Armutsfalle werden.

**Cremer:** Wir sprechen natürlich nicht darüber, dass die Wohnraumversorgung der Bevölkerung *als Ganzes* gefährdet wäre. Ich würde auch sagen, es macht Sinn, nicht davon abzuweichen, den privaten Wohnungsmarkt zu dem zentralen Element der Wohnraumversorgung zu machen bzw. zu belassen. Fatal war, dass die Politik gemeint hat, Wohnbaupolitik wäre entbehrlich. Die sehr begrenzten Mittel, die der Bund zur Verfügung stellt, sind ja zum Teil nicht einmal für den Wohnungsbau verwandt worden. Das rächt sich jetzt. Die Länder haben da auch eine Verpflichtung.

**TUP:** Glauben Sie, dass die Problematik der Armut in Deutschland jetzt schon ein Problem für Fragen von demokratischer Teilhabe ist? Zum Hintergrund: Untersuchungen des Politologen Armin Schäfer in der Stadt Köln zeigen, dass in den Quartieren, in denen die Zahl der Arbeitslosen oder der Empfänger von Arbeitslosengeld II hoch ist, die Wahlbeteiligung evident niedriger ist als in jenen Teilen, in denen die materiellen Sorgen nicht so groß sind.

**Cremer:** Wenn die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen zum Teil nur bei 50 Prozent liegt und in sozioökonomisch schwächeren Milieus dann noch deutlich drunter, kriegen wir ein Problem mit der demokratischen Repräsentativität. Das hängt vielleicht noch nicht mal so stark mit ökonomischen Faktoren zusammen. Denn den Leuten ging es ja vor zwanzig oder dreißig Jahren auch nicht besser. Ich empfinde es schon als ein bedrückendes Problem unserer Demokratie.

**Beyer:** Die Befunde bedeuten eine große Gefahr für die Demokratie. Möglicherweise – wenn man sich etwa die letzten Landtagswahlen ansieht – kann es natürlich auch dazu führen, dass Bewegungen gewählt werden, die nur den Eindruck vermitteln, dass schnelle und einfache Veränderungen der Lebensumstände möglich sind.

**TUP:** Abschließend: Inwieweit ist die Thematisierung von Bekämpfung oder Minimierung von Armut für die Caritas oder AWO von zentraler Bedeutung?

**Beyer:** Wir werden als AWO weiter die Dinge auf Grundlage einer soliden Faktenlage klar benennen. Aber neben klareren Hervorhebungen der jeweils besonders betroffenen Gruppen würde ich mir wünschen, dass es, vielleicht sogar verbandsübergreifend, noch stärker gelingt, konkrete Lösungsansätze herauszuarbeiten, um damit der Politik das Alibi zu nehmen, die Hände in den Schoß zu legen.

**Cremer:** Ergänzend würde ich sagen, wir sind als Wohlfahrtsverbände ja nicht allein Anwälte und politische Akteure, sondern auch große Anbieter sozialer Dienstleistungen. Wir haben eine große Verantwortung und müssen unsere Potenziale noch besser nutzen, in den Sozialräumen präsent zu sein, um diesen Sozialstaat präventiv auszurichten.

**Dr. Georg Cremer** ist Generalsekretär und Vorstand Sozial- und Fachpolitik des Deutschen Caritasverbands e.V. und apl. Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg. Kürzlich erschien von ihm im Verlag C.H. Beck der Band „Armut in Deutschland. Wer ist arm? Was läuft schief? Wie können wir handeln?“.

**Dr. jur. Thomas Beyer** ist Professor für Recht in der Sozialen Arbeit an der Fakultät Sozialwissenschaften an der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm. Von 2011 bis 2013 war Beyer Sprecher der Nationalen Armutskonferenz (nak). Er ist stellvertretender Präsident des AWO Bundesverbandes und zugleich Vorsitzender des AWO Landesverbandes Bayern.

Interview: Peter Kuleßa